



**STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG**

von Bünd, Ländern und
Gemeinden

DOKUMENTATION



Transferveranstaltung der Bundestransferstelle
Stadtumbau Ost

Stadtumbaustrategien zwischen Vision und Praxis

6. Mai 2014

Rathaus Wittenberge

Am 6. Mai 2014 führte die Bundestransferstelle Stadtumbau Ost im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) in Wittenberge (Brandenburg) eine Transferveranstaltung zum Thema „Stadtumbaustrategien zwischen Vision und Praxis“ durch. An der Veranstaltung nahmen 80 Stadtumbauexpertinnen und -experten aus Kommunen, Forschungseinrichtungen, von Sanierungsträgern und aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft sowie Landes- und Bundeseinrichtungen teil. Ausgangspunkt für die Veranstaltung war, dass in vielen Kommunen städtebauliche Entwicklungskonzepte und Stadtumbaukonzepte in den vergangenen Jahren fortgeschrieben worden sind. Die zuvor entwickelten Strategien mussten aktuellen Realitäten angepasst werden. Mancherorts konnten Konzepte nicht oder nur teilweise so umgesetzt werden, wie ursprünglich geplant. Im Rahmen der Veranstaltung wurde diskutiert, inwieweit sich die Flexibilität und Verbindlichkeit der Stadtumbaukonzepte bewährt hat und welche Relevanz die Konzepte für die Praxis des Stadtumbaus erlangt haben.

Rundgang durch das Gründerzeitquartier „Jahnschulviertel“

Zum Einstieg in das Veranstaltungsthema und in den Veranstaltungsort Wittenberge fand ein Rundgang durch das Gründerzeitquartier „Jahnschulviertel“ statt. In zwei Gruppen, unter fachkundiger Führung von **Petra Lüdtker** und **Martin Hahn** (Stadtplanungsamt Wittenberge) sowie von Torsten Diehn (Wohnungsbaugesellschaft Wittenberge) und Stephan Kathke (Ernst Basler und Partner GmbH) wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Quartier vorgestellt, das nach einem jahrelangen „Dornröschenschlaf“ in jüngster Zeit durch zahlreiche Sanierungsmaßnahmen geprägt ist. Besichtigt wurden u.a. modernisierte Objekte der städtischen Wohnungsbaugesellschaft am Goetheplatz und in der Johannes-Runge-Straße (darunter auch das repräsentative Jugendstil-Gebäude „Haus der vier Jahreszeiten“) sowie das im Bau befindliche SOS-Familienzentrum, das ab Juli 2014 mit vielfältigen Angeboten die soziale Infrastruktur im Quartier bereichern wird.



Begrüßung

Zum Auftakt der Veranstaltung hieß **Dr. Oliver Hermann**, Bürgermeister der Stadt Wittenberge, die Teilnehmenden willkommen. Anschließend begrüßte **Anja Röding**, Referat Stadtumbau im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) die Teilnehmenden. Sie erläuterte, dass die Bundesregierung die Finanzhilfen für die Städtebauförderung im 2. Haushaltsentwurf für 2014 auf insgesamt 700 Mio. Euro aufgestockt habe. Dabei seien je 110 Mio. Euro für die Programme Stadtumbau Ost und West vorgesehen. Der Haushalt würde im Sommer verabschiedet. Nach dem Koalitionsvertrag sei perspektivisch eine Zusammenführung der Stadtumbauprogramme geplant, der Solidaripakt solle dabei berücksichtigt werden. Die Zusammenführung solle auf der Grundlage einer gemeinsamen Evaluierung der beiden Programme erfolgen. Frau Röding verwies außerdem auf die aktuell erschienene Publikation „Chancen für den Altbau – Gute Beispiele aus dem Stadtumbau Ost“, in der zahlreiche Beispiele für die Sanierung von Bestandsgebäuden und die Aufwertung innerstädtischer Quartiere dokumentiert sind.



Dr. Anja Nelle, Bundestransferstelle Stadtumbau Ost, erläuterte das Ziel der Transferveranstaltung und führte in den Veranstaltungsablauf ein. Gerade bei der Auseinandersetzung mit Stadtumbaustrategien sei es wichtig, stets durch einen „Blick zurück“ das bisherige Vorgehen zu reflektieren, um dann anschließend mit einem „Blick nach vorne“ die künftigen Herausforderungen anzugehen. Der Erfahrungstransfer solle als „Blick zur Seite“ aber auch dazu dienen, neue Impulse für den Stadtumbau aus der Veranstaltung mitzunehmen.

Stadtumbaustrategien in Brandenburg

Im ersten Vortrag der Veranstaltung stellte **Rita Werneke**, Referatsleiterin im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) Brandenburg, aus der Landesperspektive dar, welche Stadtumbaustrategien den Programmkommunen empfohlen werden. Vor dem Hintergrund eines weiterhin zu erwartenden starken Bevölkerungsrückgangs (prognostiziert werden Einwohnerverluste von ca. 10 % bis zum Jahr 2030) und einer stärkeren Ausdifferenzierung zwischen dem Berliner Umland und den peripheren Regionen (dort werden Einwohnerverluste von ca. 19 % bis zum Jahr 2030 prognostiziert) müsse perspektivisch vor allem in den Klein- und Mittelstädten der berlinfernen Landesteile von erheblichen Leerstandszuwächsen ausgegangen werden. Für die 27 Stadtumbaustädte des Landes, die alle in den letztgenannten Regionen liegen, wird bis zum Jahr 2020 mit einem Rückbaubedarf von ca. 27.000 Wohnungen gerechnet. Voraussetzung für die Förderung im Programm Stadtumbau Ost ist im Land Brandenburg die Erstellung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes durch die Kommunen. Diese Konzepte stellen das zentrale Steuerungsinstrument für die örtliche Stadtentwicklungsstrategie dar und bündeln die vorhandenen teilräumlichen und sektoralen Entwicklungskonzepte. Daraus abgeleitet werden Stadtumbaustrategien gefordert, die für einen Zeithorizont von ca. drei bis fünf Jahren die geplanten Aufwertungs- und Rückbau-

maßnahmen räumlich verorten und spezifische Entwicklungsprioritäten setzen. Diese Konzepte dienen als Orientierungsrahmen für die Höhe des Stadtumbaufördervolumens. Durch Umsetzungspläne mit einem Zeithorizont von drei Jahren werden auf teilräumlicher Ebene die maßnahmen- und objektkonkreten Zuordnungen vorgenommen und die Einzelmaßnahmen zeitlich konkretisiert.

Der Schwerpunkt der Förderpolitik des Landes liege auf der Innenstadtstärkung, die u.a. durch Bündelung verschiedener Förderprogramme (Städtebau- und Wohnraumförderung), durch die Unterstützung der Kommunen bei der planungsrechtlichen Steuerung sowie durch einen regelmäßigen Innenstadtwettbewerb (aktuell im Jahr 2014 unter dem Motto „Altstadthelden gesucht“) forciert werde. Im Fokus stehen darüber hinaus auch jene Teile von Wohnsiedlungen aus DDR-Zeit, in denen für die nächsten Jahre ein Generationswechsel erwartet wird. Begleitet werden diese Schwerpunktsetzungen durch einen intensiven Erfahrungstransfer im Rahmen des „Stadtumbaualogues“. Abschließend kündigte Frau Werneke an, dass das Land derzeit Gespräche mit vier Stadtumbaukommunen führe, die im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen für vier Jahre erhöhte Förderkontingente aus der Städtebau- und Wohnraumförderung erhalten sollen, um ihre besonderen Herausforderungen besser bewältigen zu können. Voraussetzung für den Erhalt der zusätzlichen Fördermittel sei u.a. auch ein erhöhtes Engagement der örtlichen Wohnungsunternehmen beim innerstädtischen Stadtumbau, so wie dies in Wittenberge der Fall ist.

Stadtumbaustrategien in Wittenberge

Für die Stadt Wittenberge stellte Bürgermeister **Dr. Oliver Hermann** die Stadtumbaustrategien seit 2002 dar. Neben einem Stadtumbaukonzept von 2002 (fortgeschrieben 2009) und einem integrierten Stadtentwicklungskonzept von 2007 (Fortschreibung für 2015 geplant) verfügt Wittenberge über teilräumliche Konzepte für die Innenstadt (von 2011) und für das Plattenbaugebiet Allende-Viertel (von 2014). Das letztgenannte Quartier stellt, ebenso wie das Külz-Viertel, im räumlichen Leitbild der Stadt einen ergänzenden Handlungsraum dar. Der Schwerpunkt der Stadtentwicklung liegt demgegenüber auf der flächenmäßig sehr großen Innenstadt, die sich in die Bereiche Altstadt (historischer Stadtkern direkt an der Elbe), Jahnschulviertel, Packhofviertel und Rathausquartier (jeweils gründerzeitlich geprägt) aufteilt. Insgesamt wächst die Bevölkerungszahl im innerstädtischen Bereich, während Wittenberge gesamtstädtisch mit starken Einwohnerverlusten konfrontiert ist. Gleichwohl liegt der Leerstand im innerstädtischen Bereich bei 25 %, im Jahnschul- und im Packhofviertel mit 33 bzw. 37 % sogar noch deutlich darüber. Die Herausforderung besteht somit darin, bestimmte Schwerpunktbereiche innerhalb der Innenstadt gezielt aufzuwerten (Jahnschulviertel, Zentrumsachse entlang des Haupteinkaufsbereichs an der Bahnstraße, Konversionsflächen im südlichen Bahnhofsbereich und direkt an der Elbe) und gleichzeitig



in den verbleibenden innerstädtischen Gebieten gewisse Mindeststandards aufrecht zu erhalten. Die Prioritätensetzung auf wenige Entwicklungsbereiche ist somit auch immer mit schmerzhaften Entscheidungen verbunden, in gewissen Bereichen der Stadt nur noch sehr geringe Investitionen zu tätigen. Abschließend betonte der Bürgermeister, dass eine abgestimmte gesamtstädtische Strategie als Grundlage für alle Entscheidungsprozesse zwingend erforderlich sei. Die Aussagetiefe der Stadtumbaukonzepte habe im Zeitverlauf zwar deutlich zugenommen, eine Untersetzung mit teilräumlichen und sektoralen Konzepten und die Einbeziehung breiter Akteursgruppen (auch regional) sei jedoch mehr denn je geboten.

In der anschließenden Diskussion stand das Verhältnis zwischen gesamtstädtischen und teilräumlichen Entwicklungskonzepten im Mittelpunkt. Hier müsse mancherorts die Passfähigkeit zwischen den unterschiedlichen Ebenen teilweise noch optimiert werden. Aus dem Publikum wurde angemerkt, dass gesamtstädtische Planungsprozesse für die Bürgerinnen und Bürger eher abstrakt seien, während bei konkreten Planungen auf teilräumlicher Ebene eine Mitwirkung besser möglich sei.

Frau Werneke ging nochmals ausführlich auf die geplanten Kooperationsvereinbarungen mit ausgewählten Städten ein. Grundlage sei kein formalisiertes Wettbewerbsverfahren, sondern ein eher formloses Bewerbungsverfahren, bei dem eine Plausibilitätsprüfung und besonders problematische Rahmenbedingungen bzw. Akteurskonstellationen den Ausschlag für die Auswahl gegeben hätten. Sie betonte nochmals, dass das Land beim Stadtumbau nur einen gewissen Rahmen vorgeben könne – die konkreten Entwicklungsimpulse müssten durch die Kommune selbst ausgelöst werden und seien abhängig von den individuellen Rahmenbedingungen. Herr Dr. Hermann resümierte, dass die Stadt Wittenberge durch eigene Investitionen (z.B. Sanierung von Schulgebäuden und Straßen) in Vorleistung gegangen sei und dadurch in den Schwerpunktgebieten auch weitere Aufwertungsimpulse auslösen konnte.

Themenblock:

Stadtumbaukonzepte im Praxistest – Verbindlichkeit und Kooperation

Auf welchen räumlichen und sektoralen Ebenen werden in den Kommunen Stadtumbaustrategien formuliert? Wie werden sie qualifiziert und fortgeschrieben? Wie haben sich im Laufe der Zeit die Ziele und Handlungsschwerpunkte verändert? Welche divergierenden Interessenlagen müssen berücksichtigt werden und wie wirken diese bzw. eine fehlende Mitwirkungsbereitschaft auf die „Aussagetiefe“ bzw. den Operationalisierungsgrad der Konzepte? Diese und weitere Fragen wurden im ersten Themenblock nach der Mittagspause anhand von Beispielen aus zwei unterschiedlichen Stadtumbaukommunen behandelt.

Andreas Thiele, Abteilungsleiter für Stadtentwicklung und Stadtplanung in Schwerin, stellte die Chronologie des Stadtumbauprozesses in der Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns von 2002 bis heute vor. Im integrierten Stadtentwicklungskonzept „Wohnen in Schwerin“ von 2002 wurden zunächst fünf unterschiedliche Prioritäten für die Entwicklung der einzelnen Stadtquartiere festgelegt. Der Fokus der Städtebauförderung lag darauf aufbauend in bestimmten „Schwerpunktstadtteilen“, wobei zwischen Aufwertungsgebieten (innerstädtisch) und Umstrukturierungsgebieten (Wohnsiedlungen am Stadtrand) unterschieden wurde. Im Rahmen einer ersten Fortschreibung des Konzeptes im Jahr 2005 musste

der zuvor prognostizierte Rückbaubedarf deutlich nach oben korrigiert werden, weil die anhaltende Neubautätigkeit unterschätzt worden war und eine Leerstands-beseitigung durch Zusammenlegen von Wohnungen oder Stilllegung nicht nennenswert erfolgt war. Die weitere Umsetzungsphase des Stadtumbaus wurde zum einen für umfangreiche Aufwertungs- und Rückbaumaßnahmen genutzt, zum anderen aber auch für eine kontinuierliche Evaluierung und Analyse der vollzogenen Entwicklung. Auf dieser Basis wurde dann die zweite Fortschreibung im Jahr 2008 erarbeitet. Bei dieser zweiten Fortschreibung wurden jeweils separate Teilkonzepte für die Innenstadt einerseits und die Großsiedlungen andererseits erstellt. Besondere Kennzeichen waren ein längerer Umsetzungshorizont (bis 2020) sowie ein flächendeckender Strategieansatz für die Großwohnsiedlungen (im Unterschied zum vorherigen Stand des Konzeptes gibt es nun keine „Status Quo-Gebiete“ mehr). Um die Inhalte der Konzepte auch durchsetzen zu können, wurde für die Großsiedlungen eine Stadtumbausatzung verabschiedet. So konnten informelle und formelle Instrumente verknüpft werden.

Torsten Schweiger, Fachbereichsleiter für Stadtentwicklung in Sangerhausen, erläuterte in seinem Vortrag zunächst den sehr frühen Beginn der Stadtumbaudiskussionen in seiner Stadt. Als im Jahr 1999 eine Lenkungsrunde aus Vertretern der Stadtverwaltung, der beiden großen Wohnungsunternehmen und der Stadtwerke eingerichtet wurde, war es noch sehr schwierig, das Thema Rückbau landespolitisch zu verankern. Im Jahr 2000, also vor dem Start des Programms Stadtumbau Ost, gab diese Lenkungsrunde die Erarbeitung eines Wohnraumentwicklungskonzeptes in Auftrag, das dann im Zuge des Stadtumbauprogramms zu einem Stadtentwicklungskonzept weiterentwickelt wurde. Dazu gehörte auch der Abschluss einer „Umsetzungsvereinbarung“ (bis 2010), die u.a. die Fortsetzung der Lenkungs-rundenarbeit zur Umsetzung des Konzeptes und seiner regelmäßigen Überprüfung und Aktualisierung beinhaltete. Änderungen am Konzept sollten nur im Konsens getroffen werden. In der Umsetzungsphase des Stadtumbaus wurde die Lenkungsrunde sukzessive erweitert, u.a. durch Vertreter der Stadtratsfraktionen und weiterer Infrastrukturträger. Dabei sei es gelungen, Akteure die anfangs dem Stadtumbauprozess eher skeptisch gegenüber gestanden hatten, zu Partnern zu machen. So beteiligt sich bspw. der Abwasserverband inzwischen finanziell an der jährlichen Teilfortschreibung des Konzeptes. Durch die Erweiterung des Akteursspektrums wurde die Beteiligungsstruktur ausdifferenziert, so dass es inzwischen eine kleine Koordinierungsrunde und eine größere Lenkungsrunde gibt. Das ursprüngliche Konzept wurde mehrfach komplett fortgeschrieben (2003, 2007 und 2009). Hinzu kamen jährliche Teilfortschreibungen sowie Jahresberichte der Lenkungsrunde, die einer Reflexion der gesetzten Ziele und des erreichten Umsetzungsstandes dienen.

In der anschließenden Diskussion wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Herangehensweisen in den beiden Städten deutlich: Sowohl in Schwerin als auch in Sangerhausen wurden relativ kurze Intervalle zur Fortschreibung der Konzepte gewählt, in beiden Städten wurde aber im Laufe der Zeit der Umsetzungshorizont, also die strategische Planungsperspektive, verlängert. Der Flächennutzungsplan (FNP) hat in Schwerin im Vergleich zum integrierten Stadtentwicklungskonzept an Bedeutung verloren, während der FNP in Sangerhausen 2009 angepasst wurde und in diesem Zusammenhang auch das Baurecht in bestimmten Bereichen zurückgenommen wurde. Beide Städte haben versucht, über bestimmte Instrumente die Veränderungen in einigen Bereichen von Plattenbauquartieren zu steuern: In Sangerhausen wurden „Tabu-Bereiche“ ausgewiesen, um Gebiete abzustecken die zukünftig erhalten werden sollen. In diese Gebiete wird keine Rückbauförderung gegeben. In Schwerin wurde demgegenüber eine Stadtumbausatzung für einen abgegrenzten Bereich erlassen, in

dem keine Aufwertung erfolgen soll, damit dort langfristig ein flächenhafter Rückbau durchgeführt werden kann. Dieses Instrument bezeichnete Herr Thiele jedoch als „stumpfes Schwert“, da die wirtschaftliche Zumutbarkeit einer Veränderungssperre juristisch nicht durchsetzbar sei.

Podiumsrunde:

Erfahrungen mit unterschiedlichen Akteursgruppen – wer prägt die aktuellen Strategien



Die Fragen nach unterschiedlichen Akteursgruppen und der Relevanz verschiedener Instrumente für einen strategischen Stadtumbau wurde im Rahmen einer Podiumsrunde thematisiert, die von **Dr. Anja Nelle**, Bundestransferstelle Stadtumbau Ost, moderiert wurde.

Zunächst befragte Anja Nelle den Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Wittenberge, **Torsten Diehn**, der in der Runde die Wohnungswirtschaft vertrat, wie sich die Rolle seines Unternehmens im Stadtumbauprozess verändert habe und inwiefern die Gesellschaft die Strategieentwicklung geprägt habe. Herr Diehn beschrieb, dass sich die Rolle des Unternehmens vom Vermieter zu einem dienstleistungsorientierten Problemlöser entwickelt habe. Ziel des Unternehmens sei es, Schuldenfreiheit zu erreichen. Dabei sei die Sanierung der Altbaubestände des Unternehmens eine große Herausforderung, die ohne Unterstützung durch Fördermittel nicht bewältigt werden kann. Die notwendigen Eigenmittel für die Investitionen würden zurzeit aber noch in den Plattenbaubeständen verdient auch wenn klar sei, dass diese langfristig nicht alle zu halten seien. Er betonte, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt sowohl in der Erarbeitung von Konzepten als auch in der Umsetzung stets eng gewesen sei und lobte die Kooperationsvereinbarung mit dem MIL als gutes Instrument, um den Stadtumbau in Wittenberge voranzutreiben.

Daran anknüpfend ging **Karsten Gerkens**, Leiter des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung Leipzig, zunächst auf die Rolle der Wohnungswirtschaft in der sächsischen Großstadt ein. Bei dem neuen wohnungspolitischen Konzept, das zurzeit erstellt wird, ist die Wohnungswirtschaft ein wichtiger Partner. Die Rolle der Wohnungsunternehmen besteht in der inzwischen wachsenden Stadt darin, gemeinsam mit der Verwaltung Konzepte für öffentlichen Wohnungsbau, Flächenvorsorge und Standortentwicklung zu erarbeiten. Dabei geht es auch darum, Bevölkerungsschichten zu erreichen, die von der normalen Mark-

entwicklung nicht profitieren. Da die Wohnungsunternehmen in Leipzig in einer Konsolidierungsphase seien, biete sich die Chance, dass sie verstärkt investieren können.

Das Thema Konsolidierung vertiefte Herr Gerkens anschließend in Bezug auf das Stadtviertel „Leipziger Westen“, wo sich die Stadt behutsam aus der Förderung zurückziehen will. Für diesen langsamen Rückzug entwickelt die Stadt neue Beteiligungs- und Aktivierungsinstrumente. Ziel ist es eine stärkere Eigenregulierung durch eine aktive Bürgerschaft zu erreichen. Quartiersräte und Verfügungsfonds nannte Herr Gerkens als wertvolle Instrumente, mit denen auch die Einbindung unterschiedlicher Akteursgruppen in den Stadtumbauprozess gelingen könne.

Die Bürgerschaftliche Beteiligung steht auch im Fokus der Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) im thüringischen Gera, über die **Thomas Leidel** vom Dezernat Bau und Umwelt berichtete. Das Beteiligungskonzept sah eine direkte Beteiligung vor und es gelang nach einer sehr gut besuchten Auftaktveranstaltung mit 145 Personen zwischen 70 und 90 Bürger dafür zu gewinnen, in fünf Arbeitsgruppen (AG Wirtschaft, AG Soziales, AG Stadtzentrum, AG Gesamtstadt, AG Kultur) auf zehn Treffen Beiträge für das Konzept zu entwickeln. Zudem ist im ISEK vorgesehen, die Bürger auch über die Erarbeitung des Konzeptes hinaus kontinuierlich in den Stadtumbauprozess einzubeziehen. Für die ca. 70 im ISEK benannten Projekte sollen deshalb zehn bis 20 Bürgerinnen und Bürger „Patenschaften“ übernehmen.

Eine der Geraer Bürgerinnen, die sich aktiv in der AG Gesamtstadt beteiligte und sich als Bürgerpatin zur Verfügung stellt, ist **Karin Schumann**. Sie ist bereits seit der Bundesgartenschau 2007 in einem BUGA-Förderverein in Gera tätig. Als Motiv für ihr Engagement nennt sie die „Liebe zu ihrer Stadt“. Während sich Frau Schumann im Förderverein ganz konkret dafür einsetzt, bestimmte Plätze aufzuwerten und wieder ins Bewusstsein der Bürger zu rücken, geht es bei der geplanten Arbeit der Bürgerpaten darum, sich ca. zweimal im Jahr zu treffen, um mit der Verwaltung einen kontinuierlichen Austausch über den Fortschritt der im ISEK verankerten Projekte zu pflegen. Die Bürgerpaten sollen aber auch von sich aus auf die Akteure (z.B. Verwaltung) zugehen und nachhaken, wie weit der ISEK-Prozess in der Umsetzung ist.

In der weiteren Diskussion konstatierte Herr Diehn, dass die Idee der Bürgerpaten eher ein Instrument für Großstädte sei, da in den übersichtlicheren Akteurskonstellationen einer Kleinstadt die Wege kürzer und direkter seien und der Austausch auch „auf dem kurzen Dienstweg“ gelänge. Auf eine Frage aus dem Publikum wurde der Einfluss der beauftragten Büros diskutiert, die die Städte bei der Entwicklung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten unterstützen. Herr Dr. Herrmann schilderte aus der Wittenberger Perspektive, dass der beauftragte Dienstleister in enger Zusammenarbeit mit der Stadt agiere und verwies darauf, dass es im Abschluss der Konzeptentwicklung die gewählten Volksvertreter, also die Stadtverordneten, seien, die das Konzept verabschieden.

Abschlussresümee

Evi Goderbauer vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Bonn identifizierte in ihrem abschließenden Resümee drei zentrale Lernerfahrungen, die im Rahmen der Veranstaltung sichtbar geworden sind: Räumliche Verschiebungen in der Schwerpunktsetzung der Konzepte und deren Umsetzung (Rahmenpläne, teilräumliche Entwicklung, neue räumliche Einheiten, interkommunale Kooperation), sektorale Verschiebungen (neben städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Fragen sowie den Folgen des demografischen Strukturwandels spielen zunehmend auch die Themen Bildung, Tourismus und Infrastruktur eine wichtige Rolle) sowie nicht zuletzt akteursbezogene Verschiebungen (andere Verwaltungseinheiten, andere Akteurskonstellationen). All diese Veränderungen bei der Prioritätensetzung seien ein wichtiger Beitrag zur Qualifizierung der Konzepte und zu deutlich sichtbaren Erfolgen des Stadtumbaus.